

Ä159 Bildung und Ausbildung fürs Leben: Schule

Antragsteller*in: Martin Kündiger

Status: Behandelt

Redaktionelle Änderung

Kapitel ist wenig aus Elternsicht - aber sehr aus Lehrer oder Lehrgewerkschaftssicht geschrieben...

Text

In Zeile 3:

Unsere Warnungen vor einem drohenden Lehrkräftemangel wurden viele Jahre lang ignoriert. Das rächt sich nun. Die Universität Potsdam bildet als einzige, brandenburgische Universität Lehrkräfte für fast alle Schulformen und Schulstufen aus. Knapp ein Fünftel aller Studierenden der Universität Potsdam, also ca. 3.300, sind derzeit im Lehramt immatrikuliert. Jährlich verlassen 500 Lehramtsstudierende die Universität Potsdam, eingestellt werden müssten in diesem und den nächsten Jahren aber zwischen 950 und 1200 neue Lehrer*innen pro Jahr. Inzwischen hat die Universität angekündigt, die Zahl der Lehramts-Studienplätze schrittweise bis zum Jahr 2020 auf 1.000 zu erhöhen, was erfahrungsgemäß zu etwa 800 ausgebildeten Lehrer*innen jährlich führt. Und auch nach 2023/24 werden weiter jährlich mehr als 600 Lehrer*innen benötigt. Um den großen Bedarf zu decken, wollen wir deshalb die Kapazitäten für die Lehramtsausbildung auf Dauer erweitern, insbesondere in den Studiengängen Förder- und Inklusionspädagogik. Wir brauchen aber nicht nur mehr, sondern auch möglichst gut ausgebildete Lehrer*innen. Wir werden deshalb für eine Reform der Lehrer*innenausbildung sorgen, die die Qualifikation für diesen Beruf in den Mittelpunkt stellt, anstatt praxisfremde Wissenschaftsausbildung zu betreiben.

Von Zeile 7 bis 9:

Wir wollen den Arbeitsplatz Schule in den ländlichen Regionen attraktiver gestalten und hier auch ganz neue Lösungen ermöglichen, wie zum Beispiel Vorverträge, dezentrale Seminarstandorte der Lehramtsausbildung, Stipendien mit Lehrverpflichtung ~~oder auch die stellenwirtschaftliche Absicherung~~ bessere Einplanung von Beförderungsmöglichkeiten.

Zugleich setzen wir uns für einen bundesweit einheitlichen Rahmen für die Bezahlung ein, um den ruinösen Konkurrenzkampf zwischen reichen und armen Ländern um die Bezahlung und Besoldung von Lehrkräften zu beenden. Bei den Leitungsstellen wollen wir mehr Aufgaben auf Zeit vergeben statt neue Funktionsstellen (unverständlich was gemeint ist?) [Leerzeichen] zu schaffen. Damit die Lehrkräfte sich stärker auf ihre pädagogische Arbeit konzentrieren können, wollen wir die Schulorganisation anders gestalten und zusätzliches Personal einführen, z. B. für die Unterstützung der Klassenleitung bei organisatorischen Tätigkeiten (gibt es hierfür einen Namen?). Zur Entlastung der Schulleitung von Verwaltungsaufgaben wollen wir an großen Schulen hauptamtliche Verwaltungsleitungen einsetzen.

Der Beruf der Lehrkraft hat sich in den letzten Jahren rasant verändert: Heute werden beispielsweise mehr Präsenz an der Schule, Zusammenarbeit mit Psycholog*innen, Sozialarbeiter*innen und anderen Expert*innen und die Nutzung digitaler Medien erwartet. Wir wollen, dass die Vor- und Nachbereitung des Unterrichts in der Schule erfolgen kann. Die Schaffung angemessener Arbeitsplätze für Lehrer*innen innerhalb der Schulen durch die Schulträger (besser Gemeinden) [Leerzeichen] ist dazu dringend erforderlich.

In Zeile 11 einfügen:

Um in der modernen Lebenswelt selbstbestimmt teilhaben zu können, ist ein grundlegendes Verständnis der digitalen Technik unverzichtbar. Die neuen Medien bieten große Chancen, aber auch

große Gefahren. Sie verändern Kommunikation und Alltag, auch Lernen und Lehren in Schule, Uni und Freizeit ändert sich. Wir wollen, dass unsere Bildungseinrichtungen gut mit Computern, Laptops oder Tablets sowie schnellen Glaserfaser-Internetzugang ausgestattet sind und dass Kinder und Jugendliche frühzeitig den verantwortungsbewussten Umgang mit digitalen Medien lernen. Stabiles Wlan an allen Schulen und die Etablierung von technischen Ansprechpartnern, z.B. über Netzwerke mit der Gemeinde wollen wir unterstützen. Neben technischen Fähigkeiten müssen ergänzend zur fachübergreifenden Medienbildung auch essentielle Kenntnisse zu ethischen, rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen unseres technischen Lebensumfelds vermittelt werden. (Schlüsselprojekt Digitalisierung)

In Zeile 14:

Auf der Basis pädagogisch tragfähiger Konzepte und dazu fortgebildeter Lehrer*innen ist jahrgangsübergreifendes Lernen in Filialen(Schulen?) mit 30 Kindern möglich, vollständige Grundschulen erfordern mindestens 45 Schülerinnen und Schülern. Wir unterstützen Schulverbünde, auch über Kreisgrenzen hinweg, und Modellprojekte wie den um Klasse eins bis drei erweiterten Kindergarten.

In Zeile 18:

Auch nach der 6. Klasse gilt für uns: Die Qualität der Schule ist entscheidend. Für die Qualität ist es unterstützendförderlich, wenn Kinder und Jugendliche deutlich länger gemeinsam lernen können. Die bestehende Schulstruktur in der Sekundarstufe I ist das Ergebnis halberziger Schulreformen der Vergangenheit. Wir wollen, dass Kinder und Jugendliche möglichst lange gemeinsam lernen. Als ersten Schritt einer Veränderung wollen wir daher die Oberschule stärken und zu einer Schule weiterentwickeln, die auch den Bildungsgang zur allgemeinen Hochschulreife einschließt. Wir möchten eine Schulform, die alle Abschlüsse ermöglicht und niemanden frühzeitig ausschließt. Darum bestärken wir alle Schulträger, die gemeinsames Lernen bis zur 10. Klasse oder darüber hinaus anbieten wollen. In ländlichen Regionen wollen wir Schulträger und Schulen ermutigen, Oberschulen und Gymnasien zu Gesamtschulen mit Oberstufe zusammenzulegen. Diese Schulen sollen vollständig nach einem binnendifferenzierten Konzept ~~unterrichten~~ (können wir hier noch noch verständlicher machen was wir meinen?) unterrichten können. Modularisierte Oberstufen und doppelqualifizierende Bildungsgänge, die Abitur und Berufsausbildung („Berufsabitur“) verbinden, finden unsere Unterstützung.

Von Zeile 26 bis 27:

~~Mehr~~ Ganztagschulen: Weiterentwickeln

Wir wollen die Anzahl und Qualität der Ganztagschulen bedarfsgerecht steigern. Von einer guten Ganztagschule erwarten wir eine Rhythmisierung des Tages: Phasen des intensiven Lernens wechseln sich mit Entspannungsphasen ab. Kollektive und individuelle Unterrichtsphasen sowie Gruppenarbeit haben ihren Platz im Tagesverlauf, ebenso wie eine Versorgung mit gesundem Essen aus regionalen Produkten. Mehr Qualität erfordert eine bessere Integration von Schule und Hort, vor allem bessere Angebote für die Jahrgangsstufen vier bis sechs. In der Sekundarstufe I wollen wir die weiterführenden Schulen bedarfsgerecht zu sogenannten gebundenen Ganztagschulen (Begriff müsste besser noch in einem Nebensatz erläutert werden) [Leerzeichen] weiterentwickeln. Neben gut qualifizierten Lehr- und Fachkräften brauchen die Schulen auch selbst zu verwaltende Budgets für freie Honorarkräfte, damit spezielle Bildungsangebote gemacht werden können. Für mehr Qualität an Ganztagschulen wollen wir Unterstützungssysteme ausbauen und weiterentwickeln. Damit erreichen wir eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit und leisten durch zusätzliche Bildungsangebote einen Beitrag zu mehr Bildungsgerechtigkeit. Wir wollen ein Angebot schaffen, bei dem sich Lehrkräfte und Horterzieher*innen gemeinsam fortbilden und integrierte Konzepte entwickeln können. (Schlüsselprojekt Guter Ganztag)

In Zeile 39:

Wir sind überzeugt: Gute Bildung lässt sich nicht „von oben“ verordnen. Sie kann nur „von unten“ wachsen. Wir setzen auf die Zusammenarbeit aller Beteiligten: Von Eltern, Schulen, Zivilgesellschaft, staatlicher Verwaltung und bis zur regionalen Wirtschaft. Wir wollen die Vertretungsorgane von Schülerinnen und Schülern in ihren Rechten stärken, (gibts hier ein gutes Beispiel?), vor allem auf der Kreis- und Landesebene. In allen Bildungsbereichen wollen wir zudem die Vernetzung der Eltern voranbringen. Deshalb unterstützen wir den weiteren Aufbau von Kita-Beiräten. Auch Sport- und Kulturvereine, Träger der Jugendhilfe und andere Einrichtungen sollen stärker in die Gestaltung der Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche einbezogen werden.

+ passt hier noch ein kurzer Absatz zu Volkshochschulen, Bibliotheken usw. (siehe Programm Schleswig.Holstein S. 155)

Begründung

-Zu "stellenwirtschaftliche Absicherung von Beförderungsmöglichkeiten": egal wie, es sollte einfacher umformuliert sein, es ist so einfach nicht verständlich genug

-gerade gutes WLAN ist wohl immer wieder ein großes Problem an Schulen und dass es kompetente Ansprechpartner gibt und dass nicht der Informatiklehrer machen kann - oft machen das dann die IT-Abteilung der Stadt, Gemeinde, Landkreis. Aber das ist alles eher noch die Ausnahme.